

Panorama v. 22.03.2018

Koalitionsvertrag: Rentenkürzung für Zeitungszusteller

Anmoderation

Anja Reschke:

Was haben wir auf diesen Eingang gestarrt – tagelang – Koalitionsverhandlungen – Und jeden Tag kamen sie da reingelaufen, die Parteienvertreter, mit immer angestrengteren Gesichtern. Man hatte schon Mitleid und dachte, Mensch die Armen, die mühen sich da und ringen miteinander um die ganz großen Themen: wie halten wir die Gesellschaft zusammen, wie retten wir die Demokratie, wie schaffen wir Gerechtigkeit – so dicke Bretter halt. Aber wissen Sie, wofür die sich auch Zeit genommen haben. Für wen sie eine extra Klausel in diesen Koalitionsvertrag reingeschrieben haben? Da kommen Sie nicht drauf. Die Zeitungsausträger. Ja gut, mag man erst denken. Die sind ja echt arm dran, nachts bei jedem Wetter und dann noch so schlecht bezahlt. das stimmt. Nur genau daran ändert dieser Extrapassus nichts. Im Gegenteil. Hendrik Maaßen.

Ostfriesland, morgens halb vier. Ingo Janßen bringt wie jeden Tag rund 120 Zeitungen zu ihren Lesern in die versprengten Dörfer rund um Aurich. Davon leben kann er nicht, aber seine Aufgabe findet er wichtig.

O-Ton

I. Janßen, Zeitungszusteller:

"Es gibt noch viele ältere Leute, die Zeitung lesen und für die gehört es dazu, dass der Zeitungsbote morgens kommt. Einige warten auch schon, sind früh auf, damit sie ihre Zeitung lesen können."

Harte Arbeit, wenig Geld. Immerhin: seit diesem Jahr bekommen Zeitungsausträger endlich den Mindestlohn wie alle anderen schon lange: 8,84 pro Stunde. Doch im neuen Koalitionsvertrag findet sich eine schwer verständliche Klausel, die nichts Gutes ahnen lässt:

Zitat Koalitionsvertrag (S. 93, Z. 4323): *„Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen (...) wird bei Minijobs von Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgeber zu tragen haben, (...) von 15 auf 5 Prozent abgesenkt.“*

Die Arbeitgeber müssen weniger in die Rente der Zeitungsausträger einzahlen. Das heißt, dass sie später auch weniger bekommen. Ein typischer Zeitungsausträger wird so in der Rentenzeit tausende Euro verlieren. Die Gewerkschaft verdi ist alarmiert.

O-Ton

Rachel Marquardt, verdi:

„Die, die ohnehin die schlechtesten Arbeitsbedingungen haben, nachts raus müssen bei Wind und Wetter, schwere Pakete schleppen müssen, drei Jahre lang vom vollen Mindestlohn ausgenommen waren und dann jetzt auch noch Renteneinbußen haben sollen, wo sie ohnehin schon so wenig verdienen. Das geht nicht.“

Weniger Rente für Niedriglöhner aufgrund des Koalitionsvertrages – für die Regierungsparteien ein peinliches Thema.

O-Ton

Hans-Ulrich Jörges, Journalist:

„Die Rentenbeiträge der Zeitungsverlage für die Zeitungsausträger, diese armen Hunde, die morgens zwischen 3 und 5 Uhr die Zeitungen rumtragen, bei Wind und Wetter, die Rentenbeiträge werden von 15 auf 5 Prozent gekürzt. Das ist ein schrecklicher Fall von Lobbyismus“

Alles falsch, behauptet die Vertreterin der Bundesregierung.

Ausschnitt Menschen bei Maischberger:

O-Töne:

Monika Grütters, CDU, Staatsministerin für Kultur und Medien: „Ich möchte nur dieses eine Detail richtigstellen, weil ich den Artikel gelesen hab und mir schon dachte, dass sie damit heute kommen. Was sie dabei übersehen haben ist, dass die Lücke die dadurch entsteht von 10 Prozent wird vom Staat übernommen.“

Hans-Ulrich Jörges: „Davon steht nichts im Koalitionsvertrag.“

Monika Grütters: „Ja, deshalb sag ich's ihnen ja jetzt auch.“

Hans-Ulrich Jörges: „Ja, das ist aber ja interessant. Ich habe, liebe Frau Grütters, mit dem Kanzleramt über diese Frage geredet. Da war keine Rede davon, dass der Staat die Rentenbeiträge zahlt. Das haben sie schnell noch erfunden. Das will ich nur mal geradestellen.“

Auch wir fragen bei der CDU-Frau Grütters schriftlich nach. Man wolle keine Absenkung der Rente. Aber einen konkreten Ausgleich der Rentenverluste durch den Staat gibt es bisher nicht. Die Rentenkürzung für Niedriglöhner ist auch für die SPD peinlich. Denn während sie nach außen für mehr soziale Gerechtigkeit eintrat, unterschrieb auch sie die Klausel im Koalitionsvertrag.

Ausschnitt „heute journal“, ZDF, 09.03.2019

O-Töne:

Marietta Slomka: „Wie konnte es Ihnen denn dann zum Beispiel passieren, dass da im Koalitionsvertrag dieser Passus ist, dass Zeitungsboten als Minijobber die Rentenbeiträge der Arbeitgeber so stark gekürzt bekommen? Ist das ein Versehen, werden sie das rückgängig machen?“

Hubertus Heil: „Nein, die kriegen das nicht gekürzt.“

Marietta Slomka: „Doch, auf 5 Prozent.“

Hubertus Heil: „Nein, das ist ein Beitrag der sozusagen übernommen werden muss. Es war ein Wunsch der Union, nicht unser Herzensanliegen, das weiß ich.“

Aha. Die CDU ist schuld. Aber die schiebt den Schwarzen Peter zurück.

O-Ton

Peter Weiß, CDU

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales:

„Also, ich weiß nicht, wie es zu einem solchen Gerücht kommen kann, da ich in der Verhandlungsgruppe mit dabei war, kann ich auch eins bestätigen: Die drei Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD haben diesen Text verfasst. Die Sozialdemokraten haben ja ein erkennbar größeres Interesse an diesem Thema, weil sie auch Miteigentümer von Tageszeitungen sind, das ist die CDU nicht.“

Keiner will's gewesen sein. Wer steckt dann hinter der Kürzung im Vertrag? Die Zeitungsverleger hatten den Mindestlohn für Zusteller lange bekämpft. Seit klar ist, dass er doch kommt, fordern sie Kompensation, so etwa Verbandschef Mathias Döpfner: Die Zeitungszustellung müsse „durch geeignete Maßnahmen“ für die Verlage finanzierbar bleiben. Der naheliegende Eindruck: Die „geeignete Maßnahme“ besteht in der Rentenkürzung per Koalitionsvertrag. Ein Interview lehnt der Verlegerverband ab.

Lobbypolitik statt sozialer Gerechtigkeit? Eine peinliche Frage, und das auch noch auf einer SPD-Veranstaltung:

O-Ton

Panorama:

„Ich habe eine Frage an Frau Nahles. SPD und Union haben beschlossen, dass die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung bei Zeitungszustellern im Minijob gekürzt werden sollen. Höhlt das nicht den Mindestlohn aus, um den gerade Sie jahrelang gekämpft haben?“

Moderatorin: „während Frau Nahles noch nachdenkt, auf dem Rückweg nehme ich noch die dritte....“

Andrea Nahles denkt noch etwas länger nach, aber als sie mit dem Antworten dran ist, vergisst sie unsere Frage einfach. Keine Antwort. Und auf unsere schriftlichen Fragen zur Rentenkürzung reagiert die SPD noch seltsamer.

Sie schreibt: Zitat: *„Die Pressefreiheit ist ein verfassungsrechtlich geschütztes Gut, insofern ist die Sonderregelung hier vertretbar.“*

Liebe SPD: Wie wäre es damit, die Pressefreiheit zu schützen, ohne die Renten von Zeitungszustellern zu kürzen?

Bericht: Hendrik Maaßen

Kamera: Christian Friedel, Jonas Jung

Schnitt: Oliver Lenz, Tom Lehnhart